

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Wittmer)
Fernsprecher: Amt. Cuhorn Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164

Die Ernährung der Bevölkerung in Städten und Industriebezirken.

Nachdem die noch vorhandenen Vorräte an Lebensmitteln allmählich aufgebraucht worden sind, gestaltet sich die Volksernährung bei einer längeren Dauer des Krieges immer schwieriger. Besonders die Versorgung der Städte und Industriebezirke mit den notwendigen Nahrungsmitteln macht ungeheure Schwierigkeiten. Die Zustände, die sich dort entwickelt haben, sind allgemein bekannt, weshalb wir nicht darauf einzugehen brauchen; in Bezug auf Kartoffeln, Gemüse, Mehl und Fett herrscht ein Notstand, der die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Volksmassen aufs schwerste gefährdet. Bisher sind alle Bemühungen, diesen Notstand gründlich zu beseitigen, erfolglos geblieben, und die Not der Arbeiterfamilien hat eine beängstigende Höhe erreicht, so daß Abhilfe dringend nottut.

Als ein wichtiges Mittel zur Regelung der Volksernährung haben sich die von den Gemeinden eingeführten Zentralküchen bewährt, aus denen an zahlreiche Familien warmes Essen geliefert wird. Diese Massenmahlzeiten, die in einigen Großstädten im Laufe der Zeit einen riesigen Umfang angenommen haben — in Hamburg z. B. werden täglich über 100.000 Menschen mit warmen Speisen versorgt — waren Wohltätigkeitsanstalten, die ausschließlich für die bedürftigen Volksschichten bestimmt sind, weshalb die Gemeinden manchmal recht bedeutende Zuschüsse leisten. Es wird dabei vorausgesetzt, daß alle jene Leute, die es nicht nötig haben, nur nach wie vor in ihrer Familie oder in privaten Speisekellern beschäftigt. Im Laufe der Zeit ist die Verproviantierung immer schwieriger geworden, und es hat sich ein wahrer Kampf entworfen um die Verköstigung der Lebensmittel. Da der denn der Gedanke aufgetaucht, ob es nicht zweckmäßig sei, auch die mittleren Bevölkerungsschichten an den Massenverköstigungen teilnehmen zu lassen, natürlich gegen eine entprechend höhere Zahlung, das heißt also, ob es nicht besser sei, die Massenmahlzeiten ihres Charakters als Wohltätigkeitsanstalten zu entkleiden und sie zu Einrichtungen zu machen, die jeder, der Lust hat, in Anspruch nehmen darf. Dieser Gedanke der Mittelstandsküchen hat in letzter Zeit an Boden gewonnen, und hier und da sind bereits solche in das Leben gerufen worden. Neuerdings wird nun die Forderung erhoben, es müsse mit dem System der freiwilligen Verköstigung gebrochen werden, es sei vielmehr notwendig, daß jedermann seinen Bedarf an warmen Speisen in den Gemeindekitchen decke. Aus einer Wohltätigkeitsanstalt müsse eine Zwangseinrichtung für alle Einwohner werden. Ueber diese Frage wird noch heftig gestritten, denn es handelt sich in der Praxis um die folgenschwere Entscheidung: soll die Quantität der gemeinsamen Zentralküchen wie bisher in das Leben des einzelnen gestellt werden oder soll jedermann gezwungen werden, seinen Bedarf

an warmen Speisen den Zentralküchen zu entnehmen? Dieser Zwang ist nicht etwa als ein gesetzlicher Zwang aufzufassen, sondern er besteht darin, daß die betreffende Gemeinde sämtliche Lebensmittel, die zur Herstellung warmer Speisen dienen, aufkauft und für sich verwendet, wodurch die Möglichkeit, im Einzelhaushalt warme Speisen herzustellen, ganz von selbst verschwindet. Der Streitpunkt ist also: zwangsweise oder freiwillige Massenmahlzeiten? Die Notwendigkeit, große Massen des Volkes mit warmen Speisen zu versorgen, wird von niemandem bestritten.

Der bekannte Volkswirtschaftler Richard Calmer hat diese Frage in einer jüngst veröffentlichten interessanten Schrift eingehend erörtert und ist dabei zu dem Ergebnis gelangt, daß nur die zwangsweise Durchführung der Massenmahlzeiten in allen Städten mit über 5000 Einwohnern dem deutschen Volke das Durchhalten ermöglicht. Die ländliche Bevölkerung läßt er aus dem Spiele, weil sich diese selbst versorgen, aber für die 32 Millionen Bewohner der Städte bleibe selbst bei einer guten Ernte nichts anderes übrig, als die obligatorische Massenmahlzeiten seitens der Gemeinden. Diese seine Behauptung stützt er auf umfangreiche statistische Aufmachungen und Berechnungen und auf eine kritische Beleuchtung der bisherigen Verteilungs- und Ernährungsweise. Er will beweisen, daß nicht genügend Nährstoffe für den nächsten Winter erzeugt würden, so daß es nicht möglich sei, jedem Menschen auch nur das Mindestmaß von dem zu gewährleisten, was zur menschlichen Ernährung nötig sei, falls das bisherige System beibehalten werde. Dies treffe besonders zu auf die tierischen und pflanzlichen Erzeugnisse, wie Fleisch und Wurst, Butter und Salz, Milch und Eier, Gemüse und Kartoffeln, während es bei Brot und Mehl noch halbwegs klappe. Ueberdies werde durch das bisherige Verteilungssystem, das nur die Kopfzahl berücksichtigt, aber die Unterschiede des Geschlechts, des Alters, des Körpergewichts, der Körperkonstitution, der beruflichen Tätigkeit usw. fast ganz außer acht lasse, die Ernährung des Volkes nicht gesichert, sondern eher gefährdet. Beispielsweise seien die Verköstigungen der Verdauungsorgane und die Größe des Stoffwechsels zwei Faktoren, die sich stets änderten, weshalb es ein Un Ding sei, das Quantum an Nahrungsmitteln für alle gleich groß zu machen. Der eine Mensch brauche kräftige, feste Speise in großer Menge, während ein anderer mit leichterer, aber nahrhafter Speise in geringer Menge auskomme, der eine sei an Fleischgenuss gewöhnt, der andere an Mehl, Brot und Kartoffeln. Eine mechanische Rationierung nach der Kopfzahl nehme auf die persönlichen Verhältnisse und Bedürfnisse des einzelnen keine Rücksicht und schädige deshalb die Gesundheit und das körperliche Wohlbefinden aller aufs schwerste, wovon man sich durch den Augenchein und die Befragung anderer Menschen leicht überzeugen

könne. Ueberdies seien die auf den Kopf fallenden Nationen so winzig, daß sie für den Einzelhaushalt ungewinnlich und unrentabel seien, abgesehen von ihrer qualitativen Minderwertigkeit. Hinzu komme noch der ungeheure Verlust an Zeit, den das Verschaffen der Lebensmittel verurteile. Auch die Zubereitung der Speisen im Einzelhaushalt werde für die Unterworfenen immer schwieriger, da es an den nötigen Zutaten fehle, und selbst in den Mittel- und Oberklassen wüchsen die Schwierigkeiten, je genauer die Bestandaufnahmen durchgeführt und je unerbittlicher der Spargerei ein Riegel vorgeschoben werde. So erhebt denn Calver die Forderung: Die Einzelküchen müssen, soweit es sich um die Zubereitung warmer Speisen handelt, beseitigt und durch die Zentralküchen ersetzt werden.

Die zwangsweise Massenpeisung muß durchgeführt werden auf der Basis einer gleichen Grundration an Nährstoffen für alle Beteiligten, aber sie muß Rücksicht nehmen auf die persönlichen Verhältnisse des einzelnen. Zentralisation und Vielseitigkeit müssen mit einander verbunden werden. Zu dem Ende empfiehlt er eine Dreiteilung der Massenpeisung mit Rücksicht auf den Geschmack und den Geldbeutel der Teilnehmer; es sollen leichte und kräftige Speisen in reicher Abwechslung zu billigen, mittleren und teureren Preisen geliefert werden, wobei natürlich für kleine Kinder, Kranke und alte Leute besondere Vorkehrung getroffen werden muß. So wird jede Einförmigkeit vermieden und das Schreckgespenst einer „kommunitären Massenabfütterung“ vertrieben in der Verenkung. Dagegen ermöglicht die obligatorische Massenpeisung eine viel bessere Ausnutzung der vorhandenen Nah-

rungsmittel und eine Verbilligung der Speisen, da die Gemeinden im Großen einkaufen und jede Materialvergeudung und Kräftezerpitterung vermeiden.

Selbstverständlich werden gegen die zwangsweise Massenpeisung von den verschiedenen Seiten Einwendungen erhoben. Die einen verwerfen den Zwang als einen unberechtigten, unerträglichen Eingriff in die Familienverhältnisse und als eine unerhörte Beschränkung der freien Bedarfsbestimmung, die anderen vertreten den Standpunkt, daß eine Zentralküche nicht billiger arbeiten könne als die Einzelküchen, da sie auf bezahlte Arbeitskräfte angewiesen sei und da die Einrichtung große Kosten verursache. Der erste Einwurf ist durchaus hinfällig, denn er geht von falschen Voraussetzungen aus; ob der zweite zutrifft, kann erst die Erfahrung entscheiden. Wie dem aber auch sei, es kommt in dieser Frage lediglich darauf an, ob Calver mit seiner Vernehmung recht hat, daß die Ernährung in privaten Haushaltungen die gesamte Volksernährung gefährde oder gänzlich unmöglich mache. Ist dies richtig, so muß die zwangsweise Massenpeisung, allen Hindernissen zum Trotz, so bald wie möglich durchgeführt werden. Jede wirtschaftliche Notwendigkeit setzt sich durch, manchmal allerdings erst, wenn der günstige Zeitpunkt verpaßt ist, und so wird sich auch die Volkspeisung durch obligatorische Massenpeisung durchsetzen, wenn sie zu einer Notwendigkeit geworden ist. Daß dies nicht zu spät geschieht, daran haben die Volksmassen ein lebhaftes Interesse, weshalb es ihr Recht und ihre Pflicht ist, sich mit diesem Thema gründlich zu beschäftigen und dann den nötigen Druck auszuüben. **Brutus.**

An der Wende des zweiten Kriegsjahres.

Das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission schreibt:

Am 1. August hat der Weltkrieg sein zweites Jahr überschritten und noch läßt sich sein Ende nicht absehen. Es fehlt nicht an Friedensstrahlen, die uns von naher Aussicht auf Wafferruhe erzählen; oder so gerne wir alle der Welt ein Glauben schenken möchten, so sehr widerspricht sie noch den Tatsachen, die wir tagtäglich feststellen können, und den Leidensfakten, mit denen wir noch immer zu rechnen haben. Das große Völkerringen ist gegenwärtig zu seinem Höhepunkt gelangt. Im Westen wird auf der ganzen Linie mit unerbörter Heftigkeit gekämpft, im Osten hat die Schlacht an mehreren Punkten der etwa 1300 Kilometer langen Front, vor allem im äußersten Norden und in der Bukowina von neuem eingesetzt. An der italienischen Grenze wogt der Kampf ständig hin und her und auf dem Balkan beginnt das Ringen an der Wardarfront. Im Kaukasus, in Persien und Mesopotamien, am Suezkanal und in Arabien, in Tripolis und Marokko, in Ostafrika, überall sind die Kämpfe noch im vollen Gange, und ebenso lassen die Schiffsverluste in den europäischen Meeren nichts von einem Abflauen der Kampfheftigkeit erkennen. Über deuten mancherlei Anzeichen auf eine Verlängerung des Krieges über den dritten Winter hin: der wachsende Druck der Entente-mächte auf Griechenland und Rumänien, um diese zur Teilnahme am Kriege, und auf Italien, um es zur Kriegserklärung an Deutschland zu zwingen, ihr Druck auf die Neutralen, um Deutschland und Österreich-Ungarn wirtschaftlich zu erdroffeln, die neue Anleihe Englands und die Pariser Wirtschaftskonferenz, die sicherlich eher alles ander: als ein Friedenssymptom ist. Auch die Sprache unserer Gegner verrät noch nichts von Erschöpfung der Kriegeslebensschäfte. Es ist noch derselbe anmaßende Ton, derselbe Siegerwille, dasselbe Geschlächte, und die Friedensbedingungen zu diktieren. Gewiß hat man hier und da die Kriegsziele etwas eingeschränkt, aber Schlag-Lothringen will man noch immer an die Franzosen zurückgeben und die Dardanellen den Russen ausliefern, und je weiter ihnen diese Ziele entrückt sind, desto frohhafter hängt man an diesen Illusionen fest und desto ungestümmer rüttelt man alle Leidenschaften auf. Angesichts dieser Brandung, die uns von allen Seiten umtobt, wäre es töricht und frevelhaft, sich in nahen Friedensverwartungen zu wiegen und darüber den vollen Ernst der Stunde, die bittere Notwendigkeit der Gegenwehr zu verdrängen. Der Frieden überfällt uns nicht im Schlafe, sondern auf den Schlachtfeldern stellt er sich ein, wenn die Kräfte der Gegner erlahmt sind, als Waffenstillstand nach

blutigem Ringen, nach vergeblichem Ansturm gegen die Mauern unserer Heere im Westen, Osten und Süden.

Vor Jahresfrist waren die Stellungen der deutschen Heere im Westen im wesentlichen die gleichen wie heute, nur der Ansturm nach Verdun war ein größerer. Im Osten war der große Durchbruch in den Karpaten erfolgt, aber unsere Heere kämpften noch an der Weichsel und Narow und nur im Nordosten waren sie bis in die Gegend von Mitau gelangt. Serbien schwächte noch in Großmächte, Truppen und am Nonzo übertrug die italienischen Angriffe an der Mauer der österreichischen Verteidiger. Vor den Dardanellen krochen die Flotten Englands und Frankreichs und in Mesopotamien waren die englisch-indischen Truppen bis in die Nähe von Bagdad gelangt. Das zweite Kriegsjahr brachte uns die erfolgreiche Abwehr aller französischen Offensivversuche an der Westfront und die der angehenden „großen“ Offensiv der Franzosen zuvorkommende deutsche Offensiv auf Verdun, an der Ostfront das Vordringen der deutsch-österreichischen Heere bis zur Duna, Persina, den Montenegro und zum Euxin, im Süden die Waffengemeinschaft Bulgariens und die Entwaffnung von Serbien und Montenegro und die Befreiung von halb Albanien, die Vertreibung der feindlichen Flotten von den Dardanellen und die Gefangenennahme der englisch-indischen Truppenmacht im Irak, zur See aber den Sieg in der Stagerral-Schlacht. Es schließt mit starken englisch-französischen Vorstößen an der Sommerfront und mit russischen Vorstößen in der Bukowina, Galizien und an der Duna, mit der Zurückdrängung der Russen aus Kleinasiens und am Suezkanal. Gewaltig sind die Kräfte, die augenblicklich gegen uns in Bewegung gesetzt werden, und die Gegner bieten alles auf, um ihre Heere im Westen durch italienische, im Osten durch rumänisch-österreichische Truppenmächte zu verstärken. Gewaltig sind aber auch die Kräfte Deutschlands und seiner Verbündeten und unerjährtlich der Wille zum Siege. Der Ansturm der Gegner wird sich an diesen ehernen Mauern brechen, daran zweifelt keiner. Opfer wird es leider mehr wie genug kosten, aber durch kommen sie nicht. Wir haben die Erfahrungen zu unseren Fronten in Ost und West, daß sie dichthalten und die Heimat vor den Kriegsgewalt schützen. Und wir sind uns bewußt, daß wir unseren Brüdern im selbigen Waffenrock heißen Dank schulden für die Entgegnung ihres Lebens, dafür, daß wir heute, nach zwei Jahren des Weltkrieges, noch frei und sicher bewegen können und nicht gleich anderen Völkern unter der harten Kriegsgewalt zusammengebrochen sind. Wir danken es ihnen dadurch, daß wir ihnen ihre harte Pflicht erleichtern und erträglich machen, daß wir uns ihrer dahingehenden Familien in liebevoller Fürsorge annehmen, daß wir die Wunden zu heilen, die Schmerzen zu lindern

streben, die der Krieg geschlagen, und daß wir ihnen das Vaterland, für das sie sich opfern, lieb und wert erhalten.

Auch wir Dabeingeblichen haben Pflichten zu erfüllen, und es bedarf nicht erst der zweiten Jahreswende des Krieges, um uns diese in Erinnerung zu bringen. Wir haben uns am Anfange des Krieges gelobt, einmütig auszuharren, bis unsere Truppen siegreich zurückkehren. Noch ist der Krieg nicht beendet, aber von der großen Eingeleit ist nicht viel geblieben. Das Wort vom Burgfrieden ist schon beinahe verpönt. Man streitet sich über das Durchhalten oder um die Friedenspflicht, man rauft sich um die Kriegs- oder Friedensziele, man klagt sich gegenseitig des Eigennutzes an. Man verlangt von den anderen Neuorientierung und verböhnt die Umlerner im eigenen Lager. Man zankt sich über alles und ist nur darin einig, daß es nicht so ist, wie es sein sollte. Aber keiner will die Schuld daran tragen. Und doch sollte heute die Einmütigkeit notwendiger sein als am Anfange des Krieges, denn die zwei Jahre haben uns reichlich gelehrt, daß der Krieg an Mut und Gut, an Gesundheit und Menschlichkeit weit größere Opfer verlangt, als je vorausgesehen werden konnte, und daß diese Opfer durch keinerlei Kriegsgewinn aufgewogen werden können. Heute noch wie vor zwei Jahren ist dieser Krieg für uns im wesentlichen ein Verteidigungskrieg. Wir waren in der Verteidigung erfolgreich genug, die Kriegsschauplätze von unseren Grenzen möglichst fernzuhalten, aber jedes Erlahmen unserer Verteidigung würde den Krieg in das eigene Land verpflanzen und die Last der Opfer verhundertfachen. Deshalb ist der Burgfrieden heute noch das gleiche Zwangsgebot wie vor zwei Jahren und er sollte von allen als solche Pflicht anerkannt und auch befolgt werden.

Wir haben ferner die Pflicht, vereint die Kriegespläne der Gegner, die Deutschlands Waffenerfolge durch wirtschaftlichen Druck und Lebensmittelblockade illusorisch machen wollen, zu vereiteln. Es wäre unverantwortlich unseren Verteidigern gegenüber gehandelt, wöhlen wir Deutschlands Widerhandkraft, die sie mit ihrem Mute seitigen Leben, durch sinnlose Vergendung der Lebensmittel untergraben oder durch unbillige Verteilung schwächen. Es ist wahr, daß die Lebensmittelversorgung nicht richtig organisiert ist, daß viele zu wenig erhalten, während manche keinerlei Mangel leiden, daß alles fündhaft teuer ist, obwohl oder vielmehr weil noch große Gewinne an dem Allernotwendigsten gemacht werden können, und daß diese Mißstände beseitigt werden müssen. Aber entfällt nicht auch ein Teil der Entbehrungen auf die Folgen des Krieges selbst, mit denen gerechnet werden mußte? Wer hätte je geglaubt, daß wir zwei Jahre lang Krieg führen und vom Weltverkehr abgeschnitten sein können, ohne verhungert zu sein? Wir haben trotzdem durchgehalten und haben Mittel, Methoden und Kräfte entdeckt, um mit den heimischen Vorräten und Erzeugnissen auszukommen, haben auf manchen Gebieten die Privatwirtschaft durch die Gemeinwirtschaft ersetzt und dem Eigennut allerlei Schranken gezogen. Es klappt noch nicht alles so, wie es sollte, weil die Privatwirtschaft in der Erzeugung, Verteilung und im Verbrauch zu fest eingewurzelt war. Es würde besser gegangen sein, wenn wir mehr „militarisiert“ gewesen wären, aber über wollte das ohne Vorbehalt herbeiwünschen. So behalt man sich mit Geleisen und Verbindungen, mit Straßendrohungen und Unterabgaben, deren erzehrende Gesamtwirkung sich gar zu langsam und oberflächlich äußerte, bis endlich das Kriegsernährungsamt mit dem starken Mann an der Spitze eingerichtet wurde. Aber auch dieser starke Mann hat zugestanden, daß er kein Diktator sein könne und wolle, daß er nur durch das Vertrauen der Mitbürger stark sein könne und daß er nur Vorhandenes zur Verteilung bringen könne. Man wird sicher auch nichts Unmögliches von ihm verlangen, aber erwarten, daß er über das Vorhandene Klarheit schaffe und daß er es unter möglicher Ausschaltung jedes unberechtigten Eigennutzes in einmütiger Weise zur Verteilung bringe, sowie daß er seine volle Kraft zur richtigen Durchführung dieser Zuteilung einsetze. Die Ausschaltung des Eigennutzes wird zur Folge haben müssen, daß die Privatwirtschaft in noch ausgebehnterem Maße und konsequenter als früher durch die Reichsbehörden der Lebensmittel ersetzt wird und daß die Gemeinwirtschaft besser als bisher überwacht wird. Aber Umstände haben der Durchführung der Volksernährung am meisten geschadet: die übergroße Rücksichtnahme auf die Erzeuger im Lande und die Begünstigung des privaten zwischen- und Kleinhandels in den Gemeinden. Die Zwangsorganisation der Erzeuger und des Handels kann einen Teil der Mißstände beseitigen, wenn sie konsequent geleitet wird und wenn die Gewinne begrenzt werden; ebenfalls wirkt sie als ein Privatmonopol zum Nachteil der Verbraucher, also der ganzen Nation. Dann wäre eine unmittelbare Verteilung vorzuziehen, deren leitender Grundsatz aber ebenfalls die Ausschaltung jedes ungerechtfertigten Gewinnes sein müßte. Wir wissen nicht, mit welcher Dauer des Krieges wir noch zu rechnen können, aber wir wissen, daß wir uns auch bei noch so langer Kriegs-

dauer ohne allzu große Entbehrungen einrichten könnten, wenn die Erzeugung und Verteilung der Lebensmittel richtig organisiert und der Vergütung durch strenge Verbrauchsregelung gesteuert würde. Wir wissen, daß wir einen Ueberfluß haben, aber wir wissen auch, daß unsere Volksgenossen im Heere sich oft weit größere Entbehrungen bei all den Gefahren und Strapazen auferlegen müssen, und daß wir ihnen an Kraft und Entschlossenheit im Ausdauern nichts nachgeben dürfen und werden!

Die Milderung der Kriegsfolgen führt uns auf das weite Gebiet der Kriegssozialpolitik. Mit großen Hoffnungen haben wir uns nach den Enttäuschungen des ersten Kriegsjahres nicht getragen, aber es ist in diesem zweiten Jahr doch immer einiges erreicht worden, was als erster Ansatz gelten kann. Die Arbeitsvermittlung ist zwar nicht gesetzlich, aber doch einigermaßen durch Bundesratsverordnungen geregelt und die Neuerrichtung öffentlicher Arbeitsnachweise angeordnet worden. Die Nachauschüsse für Heimarbeit sollen verwirklicht und Gewerkschaftssekretäre als Arbeitervertreter zugelassen werden. Bei der Invaliden- und Altersrentenversicherung ist die Altersgrenze vom 70. auf das 65. Lebensjahr herabgesetzt worden. Die wirtschaftliche Zukunft der Kriegsinvaliden ist durch das Kapitalabfindungsgesetz, das bei Ansiedlung auf dem Lande die Umwandlung eines Teils der Rente in Kapital ermöglicht, freundlicher gestaltet. Die Schadloshaltung der vom Krieg durch Brand, Zerstörung, Plünderung oder Diebstahl Betroffenen ist gesetzlich geregelt. Vor allem hat die Rechtsstellung der Gewerkschaften unter dem Vereinsgesetz eine wesentliche Sicherung erfahren, insofern sie künftig nicht mehr wegen Beschäftigung mit Fragen sozial- oder wirtschaftspolitischer Art als „politische Vereine“ behandelt werden können. Vieles bleibt noch zu wünschen übrig, namentlich hinsichtlich des Standpunktes der Staatsverwaltungen gegenüber dem Assoziationsrecht ihrer Beamten und Arbeiter, der weder etwas von der Neuorientierung im Sinne der sozialen Gewerkschaften erkennen läßt, das der Reichsanwalt in diesen Tagen vom deutschen Volke forderte. Wie in der Ernährungsfrage, so kann auch in diesen Rechtsfragen der bürokratische Geist alle guten Absichten der Gesetzgeber vereiteln. Aber wenn die davon Betroffenen sich nur recht kräftig zur Wehr setzen, dann wird die Bürokratie doch wohl oder übel unterliegen müssen. Die Eisenbahner haben sich eine neue Organisation geschaffen, die die Interessen ihrer Angehörigen im Rahmen der gesetzlichen Rechte vertreten wird.

So erfreulich das mutige Ausdauern unserer Bevölkerung unter der durch die Kriegsnotie geschaffenen Lage ist, so unerfreulich haben sich die Zustände in der deutschen Arbeiterbewegung entwickelt. Die Gewerkschaften zwar hat das unüberbrückliche Einheitsgesetz, das ihnen in ihren Kämpfen zum Zwangsgebot geworden war, vor Zerrüttung bewahrt, aber die sozialdemokratische Partei ist im Begriffe, das Schicksal der politischen Internationale beim Kriegsausbruch zu teilen, d. h. in ihre heterogenen Bestandteile sich aufzulösen. Nachdem der Separatismus der Liebknecht-Mühle bei einem Teil der Reichstagsfraktion Nachahmung gefunden hatte, setzt sich der Zersetzungsprozess in die Organisationen fort und es gibt anscheinend keine Macht, die diese Selbstzerfleischung aufhalten könnte, da selbst einem Kriegsparteitag von den verschiedenen Minderheiten jede Autorität bestritten wird. Ob eine Vertreterkonferenz der Wahlkreisorganisationen den Sturm zu beschwören vermag, steht noch dahin. Man würde ja gerne jedes Mittel, auch das letzte, benutzen, um den drohenden Zerfall der Partei zu verhindern, aber wo der Wille zur Einmütigkeit so völlig abhanden gekommen ist, da versagen eben auch die Mittel. Die Gewerkschaften haben ein Lebensinteresse an einer starken Arbeiterpartei, die auch ihre Forderungen zur Geltung bringt. Sie werden getreu den Mannheimer Beschlüssen dem Parteivorstand zur Seite stehen und alles unterstützen, um die Partei aus dem gefährlichen Strudel der Leidenschaften herauszubringen. Sie könnten nur mit größtem Bedauern zugeben, daß die Partei sich durch Zersplitterung jedes politischen Einflusses beraubt.

So bedrückend diese lediglich die Arbeiterbewegung berührenden Kriegsergebnisse sind, so dürfen sie doch nicht zur Unterdrückung unserer Widerstandskraft führen, uns der Zukunft gegenüber nicht mutlos machen. Die deutsche Arbeiterbewegung hat wahrhaftig schon weit härtere Zeiten durchgemacht und sich nicht aufgegeben, sondern tapfer durchgehalten. Sie wird auch den Weltkrieg überleben und im kommenden Frieden wieder aufbauen, was der Krieg zerstörte. Der Krieg hat große Lücken gerissen, aber neues Leben, das aus den Ruinen sproßt, wird sie wieder anfüllen. Unerfesslich ist schließlich keiner, und am wenigsten das Alte, das sich Kampfblast gegen das Neue auflehnt. Der Krieg hat an manchen Traditionen gerüttelt, aber erst im kommenden Frieden wird es sich erweisen, was davon lebensfähig geblieben ist.

♦ Aus Politik und Volkswirtschaft ♦

Aufruf des Partei-Vorstandes und der General-Kommission.

Die beiden Körperschaften veröffentlichten am 25. Juli 1916 folgenden Aufruf:

Arbeiter und Arbeiterinnen! Der langandauernde Krieg lastet schwer auf allen Völkern, die Opfer sind gewaltig und an die Spannkraft des einzelnen im Felde und daheim werden hohe Anforderungen gestellt. Da ist es nur zu begreifen, daß Mißmut und Unzufriedenheit ausgelöst werden.

Diese Stimmung wird leider in unverantwortlicher Weise von einzelnen Leuten mißbraucht, die die Arbeiterchaft verlocken wollen, zu Mitteln zu greifen, die nicht im geringsten geeignet sind, die Last zu erleichtern, wohl aber den Druck zu steigern.

In anodhmen Flugblättern, die im Laufe der letzten Monate in Partei- und Gewerkschaftskreisen verbreitet wurden, wird versucht, Saß und Mißtrauen gegen die von den Arbeitern selbst gewählten Vertrauensleute zu säen. Gegen Männer, die seit vielen Jahren an der Spitze der Organisation der deutschen Arbeiterklasse stehen, wird der Vorwurf erhoben, daß sie die sozialistischen Grundsätze preisgeben, die Beschlüsse deutscher Parteitage und internationaler Kongresse mißachten, Parteiverrat betreiben und anderes mehr.

Diese Verdächtigungen und wüsten Schimpereien könnte man unbeachtet lassen, wenn nicht zugleich die Arbeiterchaft zu unbefonnenen Handlungen aufgefordert und gewissenlos die Propaganda für Streiks und Massenaktionen betrieben würde, für die die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei jede Verantwortung ablehnen müssen. Durch die Beschlüsse des Mannheimer Parteitages vom Jahre 1906 ist ausdrücklich die Vereinbarung mit den Gewerkschaften getroffen, daß bei politischen Massenaktionen vorher eine Verständigung und Beratung mit dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei und der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands erfolgen muß. Wir konstatieren ausdrücklich, daß die Sozialdemokratische Partei und die Leitung der Gewerkschaftsbewegung mit dieser Propaganda nichts gemein hat; sie ist das Werk einzelner. Wohin soll es führen, wenn die Arbeiterchaft Aktionen unternimmt, die von Unberufenen auf eigene Faust und zwecklos eingeleitet sind? Die Folgen solcher unbefonnenen Handlungsweise müßte jeder einzelne tragen; denn weder die Partei noch die Gewerkschaften könnten hier mit Unterstützungen eingreifen.

Wir halten es deshalb für unsere Pflicht, die Arbeiterchaft vor dem Treiben der im Dunkel der Anonymität wirkenden Protest- und Generalkonferenzkapitel nachdrücklich zu warnen.

Die Einleitung von Lohnbewegungen und Streiks ist Aufgabe der zuständigen Gewerkschaftsorganisationen; sie tun zurzeit alles, um den berechtigten Forderungen ihrer Mitglieder Nachdruck zu verleihen.

In der Lebensmittelversorgung bestehen außerordentliche Schwierigkeiten; wir haben nicht unterlassen, mit den uns zu Gebote stehenden Mitteln die hier auftretenden Mißstände zu bekämpfen. Unangenehm sind wir bemüht gewesen, die Leitungen der Fürsorge für die Arbeitslosen, die Kriegserfrauen, die Witwen und Invaliden zu verbessern.

Ablehnen müssen wir indes, Mittel in Anwendung zu bringen, denen von vornherein jeder Erfolg versagt ist. Deshalb haben wir auch sofort nach der Verkündung des Kriegszustandes vor unüberlegtem Handeln gewarnt unter ausdrücklichem Hinweis auf die im Kriege geltenden Strafbestimmungen. Diese Warnung erneuern wir heute, wo mehr denn je kaltes Blut und ruhige Besonnenheit am Platze ist.

Gerade jetzt, wo an allen Fronten unsere Brüder im Waffenrock unter unsäglichen Opfern dem gewaltigen Ansturm der germanischen Massenarmee standhalten müssen, wo kurz vor der Ernte die Lebensmittelversorgung die größten Schwierigkeiten bereitet, müßte jede unbefonnene Aktion verhängnisvoll wirken und vor allem die Arbeiterklasse selbst am schwersten treffen.

Wie bisher, so muß auch im Kriege die einheitliche Aktion der Arbeiterklasse aufrechterhalten werden. Das war die Stärke der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften, und diese wollen wir uns auch für die Arbeit nach dem Kriege erhalten. Wenn es Ernst ist mit der deutschen Arbeiterbewegung, der weiße diejenigen, die die Arbeiter zu törichtem Handeln verleiten wollen, mit aller Entschiedenheit zurück. Wer das putschistische Treiben

einzelner jedes Verantwortlichkeitsgefühls barer Personen mitmacht oder andere dafür zu gewinnen sucht, der dient weder der Arbeiterbewegung noch der Sache des Friedens, sondern trägt eher zur Verlängerung des Krieges bei.

Unsere wichtigste Aufgabe ist aber die baldige Herbeiführung des Friedens. Dieser großen Pflicht sind sich die berufenen Körperschaften der Arbeiterbewegung bewußt und sind unermüdet bemüht, sie zu erfüllen.

Arbeiter, steht treu zu Euren Organisationen und weicht alle Versplitterungsversuche zurück!

♦ Kriegsbriefe ♦

Inmitten der Kämpfe. Kollege Polenske schreibt uns Mitte Juli: V. G. Lieber Deinen Bericht und die lieben Zeilen, die gehen bei mir eingangen, habe ich mich herzlich gefreut. Könnte sie erst heute gehen, da gestern keine Gelegenheit war. Augenblicklich sind wir in einer Art Berentzfeld, wenn auch bis zur Minute noch als Zuschauer. Ich bin erkrankt über die Schönheiten Szepolens und Galizien in landschaftlicher und landwirtschaftlicher Beziehung. Die Felder sind ausgezeichnet bestellt und die Ernte verspricht reich zu werden. Die Strapazen sind allerdings ungeheuerlich. Die Temperatur ist treibhausartig. Vorgestern wurden wir per Fuß, Bahn und Automobil an unsere Einsatzstelle herangebracht. Gestern Mittag, ich lag gerade vor dem hohen fertiggestellten Erdloch - Sicherung gegen die reichlichen Schrapnells - und freute mich über die Schattenanlage, die ich geschaffen hatte, kam das Kommando „Hertigmachen“! Die Artillerie tobt wie toll. In einer Schlucht kam das Regiment zusammen. Laden und sichern! Durch Laubwald nach vorn. Am Waldrand angekommen: „Dritter Zug schwärmen nach links!“ Tolles Artilleriefeuer. Rechts arbeiten Maschinengewehre. Durch ein Dörfchen geht es vorwärts. Vor einem Roggenfeld, das uns die Aussicht über, uns aber auch der Sicht entzieht, „hinlegen“! Rechts von uns Rauch, Dampf, Nebel uns laufen Granaten. Da, krach! 50 Meter steigt die schwarze Säule hoch. Jetzt heißt es kucken. Im harten Mallehm, bei plügendem Sonnenrand eine verfluchte Arbeit. Endlich Deckung. In aller Ruhe beobachte ich. Rechts entbrennt immer von neuem der Kampf. Unser 3. Regiment hat die Panzer zurückgeworfen. Ein Stück weiter erleiden unsere I. I. Bundesbrüder das gleiche Schicksal. Gegen 7 Uhr werden wir zurückgezogen. Nachtlager im Walde. Bei dem fortwährenden Kampfabende natürlich kein Schlaf. Auch drückt mich Spaten und Baumwurzel. 2 1/2 Uhr: „Hertigmachen“! Wir bleiben zurück. 6 Uhr: Brücken nach einer andern Stelle. Wir begeben den ersten Verwundeten des Regiments, gefangenen Russen. Jetzt, 8 1/2 Uhr, liegen wir wieder vorn und warten auf das Kommando zum Vorgehen. Ich bin eigentlich sehr ruhig. - Inzwischen schreibt uns unser Kollege Polenske auf der Heimfahrt ins Lazarett vom 28. Juli 1916 u. a.: „Wir stürmten die aufgegebenen Stellungen mit Erfolg und verteidigten am 13. nach zehnstündigem Totenkampfe diese Stellungen gegen russische Angriffe. Es war eine Mutarbeit. Der Heeresbericht erwähnt die Kämpfe unter der Bezeichnung „bei Tleca“. Am 12. erreichte mich mein Schicksal. Beim Vorgehen begrüßte uns die russische Artillerie recht herzlich. Es regnete im Sperrfeuer Schrapnells und Granaten. Ich besaß durch eine vor mir einschlagende Granate eine Ladung Mallehm in mein Antlitz. Der Rest meiner Zähne bewegte sich maulenwärts und à la Dörmgasse übergab ich die Trümmer schnellstens den galizischen Geistes. Die weiteren Schäden bestanden in einer zerbrochenen Brille, tiefen Lippen und einer blutenden Nase. Die Ereignisse spielten sich freilich schneller ab, als ich sie schildere, da ich natürlich eifrig bemüht war, diese lebenswürdige Zone schnellstens hinter mir zu haben. Wir hatten in unserer Gruppe (5 Mann) an dem Tage außer mir einen Toten und vier Verwundete. Ich habe dann noch den 13.-16. mitgemacht. Der 13. war eindrucksvoller infolge der russischen 28-Zentimeter-Geißbüchse, dazu das Konzert unserer eigenen. Es war sehr unterhaltendes Höllenkonzert. Meine armen Kesselfüßler Freunde vom 3. Patillon konnte man nur teilweise beerdigen. Am 16. wurde meine Kompanie etwas zurückgezogen und ich hielt die Gelegenheit für gekommen, meine Mantel zu erledigen. Nach mehrtäglichem Aufenthalt in den verschiedensten Stappenlazaretten befinde ich mich auf dem Wege nach Nürnberg. Bald hoffe ich, in Berlin zu sein.“

♦ Aus den Stadtparlamenten ♦

Kriegs-Teuerungszulage.

Göthen. Kriegsteuerungsanlagen. Infolge der weiteren Steigerung der Preise sämtlicher zum Lebensbedarf notwendigen Waren beschloß der Gemeinderat, auf Anregung der sozialdemokratischen Stadtverordneten, eine Erhöhung der im Verlaufe bewilligten Zulagen. Am 1. Juli 1915 wurde den 67 städtischen Arbeit-

eine Feuerungszulage von je 5 Mk. monatlich und außerdem Kinderzulagen, bei einem Kinde von 3 Mk., bei 2 Kindern von je 2,75 Mk., bei 3 Kindern von je 2,50 Mk. und bei 4 und mehr Kindern von je 2,25 Mk. monatlich gewährt. Der Gemeinderat beschloß in diesem Jahre die Feuerungszulagen nach den Lohnstufen zu differenzieren und dabei die Arbeiter mit geringeren Löhnen verhältnismäßig besser zu stellen. Es erhalten 30 Arbeiter mit einem Stundenlohn über 30 Pf. je 12 Mk., 17 Arbeiter mit weniger als 30 Pf. Stundenlohn je 18 Mk. und ledige Arbeiter je 10 Mk. monatlich. Eine Witwe erhält 9,50 Mk. und zwei verheiratete Frauen je 6 Mk. monatlich. Die Arbeiter mit unter 30 Pf. Stundenlohn sind durchweg Nichtvollständige, Invaliden und ältere Leute. Als Kinderzulagen werden gewährt: bei einem Kinde 6 Mk., bei 2 Kindern 10 Mk., bei 3 Kindern 13,50 Mk., bei 4 Kindern 16,50 Mk., bei 5 Kindern 19 Mk. und bei 6 Kindern 21 Mk. monatlich. Für die städtischen Beamten werden die Sätze der Feuerungszulagen für das laufende Etatsjahr, gegenüber den Zulagen für die vorausgegangenen 7 Monate, ebenfalls um das Doppelte erhöht. Die Feuerungszulagen für die Beamten wurden erst im Dezember 1915 bewilligt. In Betracht kommen eine Beamtin mit einem Gehalt von unter 2000 Mk. Es erhalten diese Beamtin 12 Mk., verheiratete ohne Kinder 15 Mk., verheiratete mit einem Kinde 21 Mk., mit 2 Kindern 25 Mk., mit 3 Kindern 31 Mk., mit 4 Kindern 34 Mk. und bei je einem weiteren Kinde 3 Mk. mehr monatlich. Den Beamten mit einem Gehalt von 2000 bis 2500 Mk. wird eine einmalige Zuwendung von 100 Mk. für verheiratete und 60 Mk. für ledige bewilligt. Ferner wurde noch auf Anregung von sozialdemokratischer Seite im Plenum beschlossen, den unbefähigten städtischen Angestellten, darunter auch den während der Kriegszeit tätigen Disziplinarstrafen, eine entsprechende Feuerungszulage zu gewähren. Die Festsetzung der Höhe dieser Zulagen wird dem Magistrat überlassen. Leider gehören von den städtischen Arbeitern nur ein kleiner Teil dem Staats- und Gemeindearbeitersstande an. Bisher haben es die städtischen Arbeiter aber besonders die Arbeitervertreter im Gemeinderat zu verdanken gehabt, wenn auch diese seit Jahren bemüht, deren Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Das sollte von den städtischen Arbeitern mehr beachtet werden und diese sollten ihre Pflichten gegenüber der Arbeiterorganisation mehr erfüllen. Von einem sozialdemokratischen Gemeinderatskollegen wurde betont, daß er wegen der geringen Solidarität der Arbeiter der Köthener städtischen Arbeiter sich nur sehr schwer entschließen konnte, für deren Interessen die Initiative zu ergreifen.

Emmendingen (Baden). Recht fortschrittlich zeigt sich die mittlere Stadt Emmendingen. Am 1. Mai 1915 hatte sie ihren Arbeitern eine Feuerungszulage von 25 Pf. gewährt. Dieselbe wurde mit Wirkung vom 1. April 1916 auf 50 Pf. täglich erhöht. Entsprechende Zulagen wurden auch den Beamten bewilligt. In seiner Sitzung vom 3. Juli nun hat der Stadtrat eine Mindergulage beschlossen, und zwar erhalten Beamte und Arbeiter, rückwirkend ab 1. Januar 1916, neben den Feuerungszulagen für 1 Kind monatlich 5 Mk., für 2 Kinder 8 Mk., für 3 Kinder 10 Mk., für 4 und mehr Kinder für jedes Kind 3 Mk. mehr. Man kann nur hoffen und wünschen, daß das Beispiel Emmendingens in so mancher Mittel- und Kleinstadt Nachahmung finden möchte.

Maiferslautern. Am 22. März hat unsere Filiale für die Gasarbeiter bei der „Gasgesellschaft Maiferslautern“ den Antrag auf Erhöhung der Feuerungszulage eingereicht. Derselben ist Anfang Juli, rückwirkend bis 1. April, stattgegeben worden. Die Zulagen betragen jetzt für Ledige 1,50 Mk. wöchentlich (vorher 1 Mk.), Verheiratete 2 Mk. (vorher 1,50 Mk.), Verheiratete mit einem Kind 2,50 Mk., mit 2 Kindern 3 Mk., mit 3 Kindern 3,50 Mk., mit 4 und mehr Kindern 4 Mk.; vorher Verheiratete mit 1 und 2 Kindern 2 Mk., mit 3 und mehr Kindern 2,50 Mk. (höchstens). Es ist also wieder ein Fortschritt erzielt, wenn auch die gesamte Zulage noch lange in keinem Verhältnis zu den Preiserhöhungen steht.

Spenid. In der Stadtverordnetenversammlung am 28. Juli kam die Erhebung der städtischen Arbeiter um Erhöhung der Feuerungszulage zur Verhandlung. Die bisherige Zulage wurde um 50 Prozent erhöht. Demzufolge erhalten Ledige bis zu einem Einkommen von 2000 Mk. jetzt 8 jezt 12 Mk., Verheiratete bis zu 2 Kindern 22,50 Mk. statt 15 Mk. und mit mehr als 2 Kindern 27 Mk. statt 18 Mk. Die Sätze der Verheirateten gelten bis zu einem Einkommen von 3000 Mk. Soweit es sich um Personen handelt, die nach dem 1. August 1914 eingestellt wurden, soll der Magistrat von Fall zu Fall die Vererdigung der Revision des gesamten Lohnes prüfen und gegebenenfalls Aufbesserungen gewähren. Der Antrag, auch den Familien der im Felde stehenden städtischen Angestellten die Hälfte der Feuerungszulage zu bewilligen, gelangte nicht zur Annahme, hier soll auch von Fall zu Fall die Lage der einzelnen Familien berücksichtigt werden.

Vörrach. Auf unsern Antrag vom 11. Juni hat der Stadtrat am 5. Juli beschlossen, daß die Feuerungszulagen ab 1. Juli für Verheiratete ohne Kinder von 5 auf 10 Mk. monatlich, mit einem Kind von 7,50 Mk. auf 12,50 Mk. monatlich und für zwei und mehr Kinder von 10 auf 15 Mk. monatlich erhöht werden. Der Erholungsurlaub wurde für dieses Jahr wieder ganz bewilligt.

Erholungsurlaub.

Colmar i. G. Hier wird die Hälfte des normalen Erholungsurlaubs gewährt.

Mannheim. Im letzten Jahre wurde hier der ganze Urlaub gewährt, vorausgesetzt, daß dies betriebsseitig durchführbar war. Da der gute Wille bei den Betriebsleitungen vorhanden war, ging's auch; alle Arbeiter erhielten vollen Urlaub. In diesem Jahre beschloß der Stadtrat die gleiche Gewährung. Die Betriebsleitungen aber machten Schwierigkeiten und wollten nur drei Viertel des Urlaubs gewähren. Das konnten aber wir wieder nicht für richtig finden und beantragten, daß entweder der volle Urlaub gewährt oder der ausfallende Teil bezahlt werden möge. Darauf ist nun neuerdings verfügt, daß der ganze Urlaub soweit irgend möglich gewährt werde. Dabei nun die Betriebsleitungen wieder den guten Willen wie im letzten Jahre, geht es sicher dies Jahr auch, daß alle ihren Urlaub ganz erhalten, was für beide Teile, Betriebe und Arbeiter, nur von Vorteil ist.

Wülhausen i. G. Der Bürgermeister hat den Antrag unserer Filiale, den ganzen Urlaub wieder zu gewähren, glatt abgelehnt; es bleibt bei der vorjährigen Verfügung, wonach der halbe Urlaub gewährt wird.

Aus unserer Bewegung

Berlin. In unserer Generalversammlung vom 27. Juli machte Kollege Müntner Mitteilungen über die Feuerungszulagen, aus denen wir folgendes hervorheben: Den Arbeitern der Gas- und Elektrizitätswerke wurden vor einiger Zeit zu den bisherigen Bezügen, d. h. unter gleichzeitiger Verbeibaltung der bis dahin schon gewährten Zulagen, weitere Feuerungszulagen von 7 1/2 Pf. bzw. 5 Pf. pro Stunde gewährt. Nämlch 7 1/2 Pf. für diejenigen, die bei normaler Arbeitszeit bis zu 33 Mk. verdienen, und 5 Pf. bei höherem Verdienst. Man ist nun auch an die anderen Betriebsverwaltungen wegen einer gleichartigen Regelung herantreten. Eine Regelung ist aber noch nicht eingetreten. Bei verschiedenen Betrieben war das Resultat meist der Hinweis darauf, daß eine weitere Regelung der Kriegszulage bevorstehe. Der Wasserwerksdirektor hat eine Regelung in gleicher Weise in Aussicht gestellt wie in den Elektrizitäts- und Gaswerken. — Die Filialverwaltung werde, so fügte der Redner hinzu, alles tun, um auch für die Kollegen der anderen Betriebe die Zuschläge von 7 1/2 Pf. bzw. 5 Pf. pro Stunde zu den jetzigen Bezügen herauszuholen, also unter gleichzeitiger Verbeibaltung der bisherigen Zulagen wie in den Gas- und Elektrizitätswerken. — Die Diskussionsredner vertreten ebenfalls den Standpunkt, daß die Regelung in dieser Weise notwendig sei. — Außerdem hatte sich die Verwaltung wieder mit der Kriegsbeschädigtenfürsorge zu befassen. Wir haben etwas Ähnliches für die städtischen Arbeiter erstrebt, wie es vielfach für die Privatindustrie besteht, nämlich die Schaffung einer sogenannten Arbeitsgemeinschaft, weil nur diese eine größere Sicherheit für eine wirksame Kriegsbeschädigtenfürsorge bietet. Es ist darauf vom Berliner Delegierten anerkannt worden, daß jeder Fall, wo Beschwerden erhoben werden, sofort an Ort und Stelle seine Erledigung finden soll. Auch sollen Kriegsbeschädigte, die die gleiche Arbeit machen wie andere, den gleichen Lohn erhalten. In Aussicht steht auch für die Berliner kommunalen Betriebe die Bildung einer Legitimationskommission in Form eines Ausschusses, der zusammengeleitet werden soll aus Mitgliedern der Arbeiteraussschüsse der verschiedenen Betriebe. Desmiß ist dies jedoch noch nicht. Die nächste Magistratsitzung wird wohl endgültig Stellung nehmen. — Auf Anregungen aus der Diskussion, in der Mlagen aus Lichtenberg vorgebracht wurden, stellte Müntner fest, daß die Lichtenberger Stadtverwaltung die Bildung einer Kommission für Legitimation der Kriegsbeschädigtenfälle unter den dortigen städtischen Arbeitern abgelehnt hat. Inzwischen ist die Erklärung abgegeben worden, daß die Stadt bezüglich der Kriegsbeschädigten nach den Grundätzen handle, die die Verwaltung der Filiale vertreten hat. — Wenn Beschwerden vorliegen, müssen sich die betreffenden Kollegen an die Verwaltung wenden. Ohne bestimmtes Material kann man ihnen nicht helfen. — Wie der Maiferrer Dojimanu mitteilte, schloß die Hauptkassette im zweiten Quartal in Einnahme und Ausgabe mit 26.236,20 Mk. ab. Zu den Ausgaben gehörten 3292,50 Mk. für Sterbunterstützung, 5745 Mk. für Krankenunterstützung und nur 81,50 Mk. für Arbeitslosenunterstützung. An die Zentralkasse wurden 10.631,10 Mk. abgeliefert. Die Lokalkasse hatte am Schlusse des ersten Quartals einen Bestand von 51.706,78 Mk. Die Summe erhöhte sich um die Einnahme von 15.281,75 Mk. auf 66.988,53 Mk. Dieser Gesamtsumme stand aber eine Ausgabe von 17.205,48 Mk. gegenüber, so daß am Schlusse des zweiten Quartals ein Bestand von 52.783,05 Mk. verblieb. Mitglieder hatte die Filiale am Schlusse des ersten Quartals 4166 männliche, 602 weibliche und 8 jugendliche. Am Schlusse des zweiten Quartals waren es 4332 männliche, 606 weibliche und 3 jugendliche.

Darmstadt. Die städtische Eisenbahn Arbeitergesellschaft hat auf unsere Anträge vom 10. April und 20. Mai hat die Direktion endlich zugestimmt, daß die Feuerungszulagen für die Arbeiter, nicht aber

für das Ausbildungs-Fahrpersonal, erhöht werden. Die Zulagen für die handigen Arbeiter betragen bisher: Ledige nichts, Verheiratete ohne Kinder 6 Mk. monatlich, mit 2 Kindern 9 Mk., jedes weitere Kind 1,50 Mk. monatlich, mehr bis 15 Mk. bei 6 Kindern. Jetzt betragen dieselben ab 1. Juli: Ledige nichts, Verheiratete 9 Mk., für jedes Kind 3 Mk. monatlich, mehr bis zu 30 Mk. bei 7 Kindern (Schuljahr). Die unständigen Arbeiter hatten im Februar 1915 Lohnerböhrungen von 2-4 Pf. pro Stunde an ungelernete, 4-8 Pf. pro Stunde an gelernte Arbeiter erhalten. Ab 1. Juli wurden diese Löhne der unständigen Arbeiter ebenfalls etwas erhöht, und zwar erhielten solche, die noch kein Jahr beschäftigt waren, 2 Pf. pro Stunde, die über ein Jahr beschäftigt waren, 3 und 4 Pf. pro Stunde. Das Ausbildungs-Fahrpersonal, das nirgends organisiert ist, ging leer aus. Eine Verbesserung der Bezüge der Familien der Eingekerkerten wurde abgelehnt, weil — die Stadt Darmstadt selbst nicht mehr, sondern eher weniger für ihre Arbeiter tut wie diese Gewerkschaft. Der Urlaub wurde dem „Deag“-Personal ähnlich wie bei der Stadt bewilligt. Es erhält dieses Jahr zwei Drittel der normalen Sätze, während die Stadt Darmstadt ihren Arbeitern drei Viertel der normalen Sätze gewährt. (Als ob die Haupt- und Residenzstadt Darmstadt durch dieses Abwachen von einem Viertel, also höchstens 1-2 Tage pro Arbeiter, große Ersparnisse machen konnte. Es müßte fleißlich an, zu einer Zeit, wo die Arbeiter zweifellos mehr wie sonst angeengt sind, ein „Viertelstücken“ zu „sparen“.)

Dresden. Der Vorschub unserer Mitgliederversammlung am 22. Juli war zureichend. Reichstagsabgeordneter Genosse Bud hielt einen außerordentlich lehrreichen Vortrag über die für die Arbeiter wichtigen Beschlüsse des Reichstags über die Verabreichung des Lebensalters beim Bezüge von Altersrente, Verbesserung der Renten und der Krankenversicherung sowie über die Kontrolle zum Reichsversicherungsamt. Durch Anführung von Beispielen aus dem tagelichen Leben verstand es der Redner, den Versammelten die Wichtigkeit aller dieser Beschlüsse des Reichstags klarzumachen. Nicht mit Unrecht betonte er, daß eine große Partei, die die Förderung der gesamten Arbeiterinteressen sich zur Hauptaufgabe gemacht habe, sich nicht auf den alten Bezugsentscheidungsstellen dürfe; Alles oder Nichts! Denn das bedeuete einen Stillstand des Fortschritts. Der ebenfalls mündige Vortrag wurde bis zu Ende mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Am Schluß hielten mehrere Kollegen Vorträge den Familienbericht vom 2. Quartal. Bei dieser Gelegenheit wies er besonders darauf hin, daß 20 Jahre seit der Gründung der Aktive Dresden verlossen seien. Denn am 19. Juli 1896 wurde in einer großen öffentlichen Versammlung der „Matsarbeiter“ Dresdens beschlossen, nachdem einige Wochen vorher 21 Tischhauerarbeiter die Arbeit niedergelegt hatten um bessere Löhne zu erreichen, eine Organisation der „Matsarbeiter“ zu gründen. Es wurde der „Verein der städtischen Arbeiter Dresdens“ gegründet. Den Jahre bestand dieser Lokalverein, um sich dann im Juli 1899 dem fast zu gleicher Zeit im Jahre 1896 in Berlin gegründeten „Verbande der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangehörten“ anzuschließen. Der Jahresbericht war wie üblich den Mitgliedern gedruckt zugehört und weist als Entnahmen für Eintrittsgelder und Beiträge die Summe von 1965,20 Mk. auf. Die Ausgaben betragen 1292,28 Mk., darunter an die Hauptkassa 5161,87 Mk. Auf Rechnung der Hauptkassa wurden 2619,50 Mk. für Unterstützungen verausgabt. Die Gesamtentnahme mit dem Bestand vom letzten Quartal beträgt 22881,18 Mk., die Gesamttausgabe 1292,28 Mk., so daß ein Bestand von 21588,90 Mk. verbleibt. Mitglieder waren 1987 männliche und 35 weibliche, zusammen also 1123 vorhanden. Eingezogen waren am 1. Juli 847 Mitglieder. Des weiteren ist zu bemerken, daß bisher etwa 20 Mitglieder, zumeist ältere Landwirte, aus dem Militärdienst entlassen sind und daß diese ausnahmslos ohne weiteres ihre Mitgliedschaft wieder aufgenommen haben. Kollege Pfeiffer behandelte dann die namhafte abgeschlossene Bewegung zur Erlangung einer höheren Feuerungszulage. (Siehe „Gewerkschaft“ Nr. 25.) In den meisten Betrieben und die neuen Sätze bereits zur Auszahlung gekommen, die noch fehlenden Betriebe werden bei der nächsten Lohnzahlung die neuen Sätze mitauszahlen. Nach einer Berechnung des Arzes befreit sich die Mehrerausgabe für die neuen Sätze auf monatlich 37.130 Mk. (Zusammen eine ansehnliche Summe!) Nach amtlichen Ziffern erhalten 6110 Personen diese Zulagen, hinzu kommen 7090 Kinder für die monatlich 1,20 Mk. gezahlt werden. Unter den Feuerungszulagenempfängern befinden sich viele, man kann wohl sagen fast die Hälfte, Beamte und wenn berücksichtigt wird, daß die neuen Sätze zurückzuführen durch die Eingabe der Organisation und durch die energischen Verhandlungen der Arbeiterausschüsse, dann können wir wohl mit Recht sagen, daß unsere Bemühungen diesen zugute kommen, die nicht zu uns gehören, daß also unsere Tätigkeit mit Recht eine gemeinnützige genannt werden kann. Deringegen 44 männlichen ist nur, daß dies von immer größeren Kreisen ergriffen wird. Es muß immer und immer wieder unseren Kollegen zur Pflicht gemacht werden, für die notwendige Aufklärung zu sorgen!

Wolfs. Unsere gut besuchte Mitgliederversammlung am 22. Juli nach Einladung zu der Antwort des Stadtrats an den Arbeiterausschub über unseren Antrag zur Lohnverbesserung. Trotz der enormen Feuerungszulagen hat der Stadtrat unseren Antrag abgelehnt. Dafür aber die Stundenlohnzulage von 75 Pf. bisher auf 1,25 Mk. ab

1. April erhöht für Kinder bis zum 15. Lebensjahre. In der Diskussion wurde deshalb das Ungenügende dieser Maßnahme lebhaft zum Ausdruck gebracht und bedauert, daß der vorige Teil der Arbeiterausschub ohne Kinder leer ausgegangen ist. Da unter der Feuerung alle Arbeiter zu leiden haben und die letzte Lohnzulage 1 Jahre zurückliegt, wurde dem Arbeiterausschub aufgegeben, in dieser Sache noch einmal vorstellig zu werden. Die Berechnung vom 2. Quartal, die gegen die letzte einen Fortschritt aufweist, und 11 Maßnahmen zu verzeichnen hat, wird ausgehoben. Zum Schluß hat Kollege Schuchardt Leipzig einen Vortrag über „Müriere gewerkschaftliche Tätigkeit während der Kriegszeit“, der beifällige Aufnahme fand.

Darburg a. G. Die Arbeiterkass hat dem Magistrat und dem Bürgerwörterkollegium folgende Anträge unterbreitet: Erhöhung des Mindestlohnes auf 4,50 Mk., Gewährung einer Feuerungszulage von 30 Pf. pro Tag an ledige, von 50 Pf. an verheiratete Arbeiter und Bewilligung eines Zuschlages von 10 Pf. pro Tag für jedes Kind. Des weiteren wird für die Angehörigen der eingezogenen städtischen Arbeiter die volle Lohnfortzahlung verlangt, wie sie in den Nachbarstädten üblich ist. Bis jetzt haben die städtischen Behörden den Angehörigen der Kriegsteilnehmer nur einen geringen, jedoch als Arbeitgeberbeihilfe gewährt. Dieser Zuschlag erreicht noch nicht einmal die Höhe der Unterernährung, die verbandseitig der Frauen gewährt worden ist. Was in Bezug auf die Feuerungszulagen gefordert wird, ist in den Städten Kamburg, Bergdorf und Altona schon seit über einem Jahre bewilligt und jetzt schon lauter überholt. Hoffentlich machen die städtischen Verantwortlichen nun bald einmal Annahmen, die große Differenz, die zwischen ihrer Arbeiterpolitik und der Arbeiterpolitik anderer Städte besteht, auszugleichen.

Königsberg. Am 22. Juli, abends 7 Uhr, fand im Lokal der Frau Köhlmann eine gut besuchte Generalversammlung statt. Zur Tagesordnung stand der Geschäfts- und Monatsbericht vom zweiten Quartal 1916. Im Geschäftsbericht führte Kollege Schmidt die gegenwärtige traurige Lebenslage den Arbeitern vor Augen und kommt auf die Lohnverhältnisse der nächsten Arbeiter zu sprechen. Zudem er erwähnte, daß die Organisationsarbeit es trotz allem verstanden haben, die jungen Lohnforderungen und die Organisation in Gang zu setzen. Der Magistrat hat der Eingabe des Verbandes Rechnung getragen und einem kleinen Teilsatz gegeben, indem die Feuerungszulage von 10 auf 20 Pf. erhöht ist, so wird weiter vertriebt werden, die Lebenslage der Arbeiterschaft zu heben. Es hätte, wenn die Zahl der Organisierten größer gewesen wäre, schon längst mehr erreicht werden können. Der Sommerurlaub wird sehr verschieden gehandhabt. Jeder Betrieb bestimmt, wie er will. Auch hier muß erst wieder seitens der Organisation beim Magistrat vorgegangen werden, damit etwas Einseitiges geschieht wird. Die Dietrich des Gaswerks hat schriftlich erklärt, daß in diesem Jahre der volle Urlaub gewährt werde, und wenn ein Betrieb dies bewilligt, so können alle Betriebe das gleiche tun, wenn der gute Wille vorhanden ist. Der Monatsbericht gibt folgendes Bild: Einnahme inkl. Bestand 2984,15 Mk., Ausgabe inkl. der Hauptkassa 2172,29 Mk., so daß in der Kasse verbleibt 811,86 Mk. Kollege Schmidt stimmt mit den Worten: Sollen die Massenverhältnisse nicht noch ungenügend werden, so ist jeder Kollege dazu mit beizutragen, um die Mitgliederzahl zu heben. Auf Antrag der Revisionen wurde dem Kassierer Eckardt erteilt. Unter „Verbandsangelegenheiten“ wurden die Kollegen Tito Schwarz und Karl Schmidt als Ersatzmitglieder in die Volksbau-Gesellschaft gewählt.

Mannheim. Am 15. Juli 1916 fand im „Madenheimer“ unsere Generalversammlung statt. Nach Eröffnung der Rechnungen und Beschlüssen wurde die Abrechnung vom zweiten Quartal, genauer Vermögensstand vom April 1916, 28 Mk., Einnahme 1371,50 Mk., Ausgabe 1126,26 Mk., verbleibt ein Ueberschuß von 245,24 Mk. Davon gingen an den Hauptvorstand in Leinungen 1188,80 Mk., in bar 931,11 Mk., zusammen 2119,91 Mk. In der Aktiva kasse verbleiben 3910,61 Mk. Die Mitgliederzahl betrug am Ende des vorletzten Quartals 610 männliche, 83 weibliche. Im Laufe des Quartals sind eingetreten 13 männliche, 35 weibliche, Gesamtsumme 643 männliche, 118 weibliche. Ausgetreten sind 2 männliche, 2 weibliche, bleibt Mitgliederverband 651 männliche, 116 weibliche, zusammen 767 Mitglieder. Der Vorbericht erläutert in eingehender Weise die einzelnen Posten der Abrechnung und betont, daß trotz der verweirten Sparanstrengungen und trotz der Zunahme von 11 Mitgliedern auch in diesem Quartal das Verbandsvermögen unserer Arbeit am 17167 Mk. zurückgegangen ist. Er führt dies in der Hauptstadt darauf zurück, daß der Magistrat der städtischen Mitarbeiter vorüber 50-90 Proz. jetzt auf 60-65 Proz. zurückzuführen ist und fordert die Mitglieder auf, doch dafür Sorge zu nehmen, daß die Mitglieder bewußt werden, daß es ihre Pflicht und Schuld ist, auch persönlich ihre Beiträge pünktlich und rechtzeitig zu zahlen. Dem Rechnungsführer wird eine umfangreiche Entlastung erteilt. Bei der Wahl der ausstehenden Rechnungsrevisoren werden die selben einstimmig wiedergewählt. Zum Schluß der Sitzung wird den Zweigen betreffs Feuerungszulage auf der Parteiverb. betont, daß sie auch an Arbeiterkreisen insbesonders in unserer Arbeit einer Weiterleitung unterzogen werden soll, die dort weiter nach

...arbeiten eine gewisse Verteidigung bringen wird. Wegen ... Entlohnung von Arbeitsverhältnissen in begründete ... verbunden, das dies im ganzen Reich einheitlich geregelt ... Heber die Entlohnung wegen erholungsurlaub in bis jetzt noch ... eingegangen. Es soll sofort nach Eingang den Arbeitern ... gegeben werden. In der Diskussion wünschten alle ... die Feuerungszulage endlich geregelt wird, indem durch ... Feuerung der wachsenden Kohlenpreise die Not eine ... wird. Heber die Beschäftigung beziehungsweise Ent ... von Arbeitsbeschäftigten wird allgemein der Wunsch ge ... dass es für das Deutsche Reich Ehrenpflicht sei, die besten so ... zu erhalten, damit sie nicht an dem Hungertode zu nagen brauchen. In der Diskussion über die Urlaubsbewilligungen wird allgemein ... Wunsch geäußert, daß der Urlaub voll bewilligt werden muß, ... daß die vielen Einberufungen zum Wehrdienst die Arbeit ... die Zurückbleibenden eine immer größere geworden ist und sie ... und erholungsbedürftig sind. Der Vorsitzende gibt nun ... die Vergütung des Stadtrates bekannt, wonach die Zuschüsse ... ausfallenden auch an nicht hängende Arbeiter gewährt werden. ... daß man damit recht wohl zureichen kann, da sich ... der Verband früher oft und vergeblich darum bemüht hat. Unter ... wird der Wunsch geäußert, daß sich der Verband ... die Arbeitervereine um die Beschaffung von billigen Kohlen ... von der Stadtgemeinde bemühen sollen. Nachdem noch ... bedingte Wünsche geäußert wurden, deren Ver ... eingang zugelegt wird, schließt der Vorsitzende die Versammlung ... dem Wunsch, daß der Krieg recht bald zu einem begreiflichen ... geführt werden und der Verband von weiteren Kriegssopfern ... stellen sich verdammt bleiben möge.

Wantsch. Nachdem im Mai dieses Jahres unsere Kollegen ... an den Magistrat gerichtet hatten, die Feuerungs ... zu erhöhen, ist mit Wirkung vom 1. Juli an eine ... eingetreten. Danach erhalten: Jedige Arbeiter nichts, keine ... Arbeiter pro Monat 8 Mk. und für jedes Kind einen Zuschlag ... Die Wohnzulage ist auf 2400 Mk. festgesetzt. Beamte ... erhalten mit einem Gehalt von 2400-3000 Mk. erhalten nur ... Zuschlag. Mit dieser Regelung wird unseren Anträgen ... zum Teil entsprochen, doch muß es immerhin als ein ... werden betrachtet werden, daß dieses Mal die Stadtverord ... Versammlung diese Vorlage des Magistrats nicht niederkümmte.

Rundschau

Organisation. Was ist es, das den Menschen, neben dem Leben ... zu erheben, in mit Wirkung vom 1. Juli an eine ... eintrittet. Danach erhalten: Jedige Arbeiter nichts, keine ... Arbeiter pro Monat 8 Mk. und für jedes Kind einen Zuschlag ... Die Wohnzulage ist auf 2400 Mk. festgesetzt. Beamte ... erhalten mit einem Gehalt von 2400-3000 Mk. erhalten nur ... Zuschlag. Mit dieser Regelung wird unseren Anträgen ... zum Teil entsprochen, doch muß es immerhin als ein ... werden betrachtet werden, daß dieses Mal die Stadtverord ... Versammlung diese Vorlage des Magistrats nicht niederkümmte.

... die Frage, daß jeder wirtschaften kann wie es ihm beliebt. ... auf das große Ganze, das Neben jeder verbunden, so ... Organisation des Wirtschaftslebens. Daß der Mangel einer ... Organisation des Lebens der wahre Grund all der Not ... des Volkes ist, das haben wir schon lange, schon im Frieden er ... und darum haben wir uns ja zusammengeschlossen zu Kampf ... für eine bessere Ordnungswelt. Jetzt, wo die Tat ... der wirtschaftlichen Organisation selbst dem Volke offen ... ist, da sehen es alle, daß eine Ordnung des Lebens die erste ... ist zum Wohlbefinden. Was haben die Menschen nicht ... ihr Lebensziel, ihr Lebensglück erreicht? Glücklich machen ... den Menschen nichts, weniger als den mitleidenden Menschen ... die Organisation des Lebens fehlt. Solange im zerstückter ... Leben jeder auf Kosten der anderen leben kann, ist nie und ... ein wahres Wohlbefinden möglich. Glücklich kann die Welt erst ... wenn das Leben, von der Gesamtheit organisiert, im Dienste ... steht. Und darum ist diese Ordnung des Lebens nicht ... eine Frage, wie viele glauben, in viel höherem Maße ist ... die Frage des Vergnügens. Nicht nur satt, sondern auch glück ... können wir nur sein, wenn die Welt geordnet ist, glücklich, wenn ... von der Gemeinschaft geregelt ist für die Gemeinschaft. ... Organisation der Welt ist das Ziel unseres Vergnügens. ... in unter Organisationsgedanke eine große Seelen- und Ver ... eine; zur Befriedigung und Erbauung unseres Vergnügens haben ... gesamte Kraft der Organisation nötig.

Ein Artikel. Die Frau eines hamburgischen Staatsarbeiters ... am Werte emporgehoben ist und die den vollen Lohn ihres Mannes ... bezahlt, unterbreitet uns ihr Haushaltsbudget für eine ... Es sieht so aus: Die wöchentliche Lohnfortzahlung beträgt ... Mk. Davon werden sofort die gesetzlichen Beiträge für die ... und für die Versicherungsanstalt in Abzug gebracht, so ... noch 30,89 Mk. ausgezahlt werden. Zum hat die Frau ... eine ganz Wunder im Alter von 2 1/2 Jahren. Es üben ... die wöchentliche Summe am Tisch. Der Wochensatz geht folgende ... folgende: Sonntag: Abend 1,50 Mk., Gruppen 18 Pf., Mar ... 13 Pf., 221 Mk.; Montag: Martoffeln 13 Pf., Suppe ... 0,63 Mk.; Donnerstag: Suppe 33 Pf., Martoffeln 13 Pf.,

0,88 Mk.; Mittwoch: Fisch 70 Pf., Martoffeln 33 Pf., Petersilie 5 Pf., 1,08 Mk.; Donnerstag: Suppe 33 Pf., Martoffeln 13 Pf., Zuzie 15 Pf. = 0,81 Mk.; Freitag: Lohngruppe 55 Pf., Martoffeln 13 Pf., 0,95 Mk.; Sonnabend: Leber 70 Pf., Martoffeln 13 Pf., Suppe 31 Pf. = 1,31 Mk., Summa 7,94 Mk. Das Abendessen setzt sich folgendermaßen zusammen: Sonntag: Suppe 33 Pf., Martoffeln 20 Pf., Fett 10 Pf. = 0,63 Mk.; Montag: Reis 67 Pf., Martoffeln 20 Pf., Fett 10 Pf. = 0,97 Mk.; Dienstag: Suppe 33 Pf., Martoffeln 20 Pf., Fett 10 Pf. = 0,63 Mk.; Mittwoch: Reis 67 Pf., Martoffeln 20 Pf., Fett 10 Pf. = 0,97 Mk.; Donnerstag: Suppe 33 Pf., Martoffeln 20 Pf., Fett 10 Pf. = 0,63 Mk.; Freitag: Reis 67 Pf., Martoffeln 20 Pf., Fett 10 Pf. = 0,97 Mk.; Sonnabend: Brot 50 Pf., Martoffeln 20 Pf., Fett 10 Pf. = 0,80 Mk., Summa 5,80 Mk. Für noch nicht ganz 15 Pf. muß also die Frau ein Mittagessen für die Person herstellen, und 10 Pf. kostet das Abendessen pro Person. Das sind Summen, die muß man in den einfachsten Restaurants als Trinkgelder geben, wenn man sich nicht grenzenlos blamieren will. Doch kann die Frau denn wirklich nicht mehr für die Ernährung ausgeben? Wir wollen ihre Zahlen um Antwort fragen. Die Frau hat wöchentlich aufzuwenden: Für Miete 5,- Mk., für Mittagessen (siehe oben) 7,94 Mk., für Abendessen (siehe oben) 5,60 Mk., für 1. und 2. Frühstück und Peiper: a) Brot 5,- Mk., b) Bräunchen oder Rundstunde 1,10 Mk., c) Butter 3,- Mk., d) Honig 1,50 Mk., e) Milch 1,50 Mk., f) sonstiges vom Mann 0,92 Mk., für Wasche 1,20 Mk., für Verbindungsbeiträge 0,50 Mk., für Verbindungsbeiträge 0,60 Mk., für eine Schuhkammarmarkte 0,10 Mk., für Tabak an den Mann ins Feld 0,45 Mk., für Mohnen 2,14 Mk., Summa 35,05 Mk. Wer waagt es, der Frau noch Abstriche machen zu wollen? Aber warum ist denn die Frau nicht in der Arbeits ... und der Zwickel fragen, wo doch ein so gutes und nahrhaftes Essen der Vater zu 20 Pf. abzugeben wird, während der Verdienstpreis ohne Arbeitslöhne aber noch 10 Pf. ist? Wer diese Frage stellt, mag die Einnahmen und die Ausgaben vergleichen. Die Frau hat in dieser Woche 35,05 Mk. verausgabt, während sie an Lohnfortzahlung nur 30,89 Mk. erhielt. Sie hat also 4,16 Mk. mehr verausgabt, als sie vereinnahmte. Woher stammen diese 4,16 Mk.? Uns hat es die Frau gesagt. Sie hat Lumpen verkauft und dafür 16 Pf. erhalten und die Minderkare, in dem bisher die zweijährige Mente gefahren wurde, hat 4 Mk. Erlös gebracht. Aber die Frau kann nicht jede Woche eine minderkare und Lumpen verkaufen. Sie kann demzufolge auch nicht jede Woche 4,16 Mk. zulegen. Sondern sie muß ihre Ausgaben um diese Summe vermindern. Sie kann diese Summe aber nur noch ersparen am Mittag- und Abendessen. Und deswegen kann die Frau kein Essen aus der Arbeitslöhne holen. Das Essen ist für die Frau zu teuer. Sie würde für 8 Personen mindestens 6 Liter benötigen. Da das jetzt 20 Pf. kostet, würde das pro Tag 1,20 Mk., oder pro Woche 8,40 Mk. sein. Die Frau hat aber in der angegebenen ungenügender ... jeden geringen Woche mit 7,94 Mk. auskommen müssen. Zur gen ... in den der Frau 4,16 Mk. weniger zur Verfügung, aber warum nicht sich denn die Frau nicht an die bürgerliche, ausge ...? Die Frau ist doch in solchen Fällen ein, denn hier liegt doch die Bedürftigkeit offen zutage? Das hat die Frau im Jahre 1915 getan. Sie hat demnach auch für drei Monate die Miete bezahlt erhalten, aber man hat der Frau auch gleich gesagt, das sei nur eine Ausnahme, das dürfe nicht wieder vorkommen, denn ja es belä ... dem vom Staate den vollen Lohn des Mannes weiterzugeben. Darauf hat sich die Frau an die Behörde gewandt, bei der ihr Mann beschäftigt war und von welcher sie den Lohn weiter ausbezahlt erhält, und bat um Zulage für ihre vielen Kinder gebeten. Die Behörde hat unter Bezugnahme auf die volle Lohnfortzahlung, durch welche für die Angehörigen der eingeschlagenen Staatsarbeiter hin ... langlich gefordert sei, das Erfinden der Frau abgelehnt. — Auf unsere Frage, ob die Frau denn mitleidig sei, die Miete immer regelmäßig zu zahlen, antwortete sie uns, daß ihre Verzinsung selbst in sehr unruhigen Verhältnissen lesten, denen wollte sie die Miete nicht schuldig bleiben, und wenn sie sich noch weiter einschränken mußten mit dem Essen. Die Frau hat bis heute auch noch keine Miete ... schulden. Aber die Frau hat es sogar noch fertig gebracht, ihrem Mann ein kleine Tabak zu schicken! — Wo ist die deutsche Frau aus dem Paragrafen, die sich mit dieser Arbeiterfrau vergleichen kann? Stilles Heldentum!

Zand hat Martoffeln. Als ich beim Martoffelkauf auf einem ... märtischen Gute die Bauerfrau hat, die 25 Kilogramm nicht gar ... zu knapp zu wiegen, da doch viel Erde daran sei, entgegnete sie ganz ... hartlos: „Sehen Sie bloß aufeinander! Da sollten Sie erst mal ... sehen, wieviel Zand wir mit auf die Lere schütten.“ — Mann man ... da nicht vernehen, wenn der Deutsche Ebit und Gemüschändler ... schreut: Man spricht in Alenbändlerkreisen offen und un ... blumt davon, daß die Förderung der Kommissionäre an die Groß ... Berliner Kommissionen nicht mehr an Betrag grenzt, sondern offen ... lundiger Betrag ist. Bei den Martoffellieferungen für Kustoffen ... betanden ist bei jedem Zentner Martoffelenermaßen 3 bis 4 Pfund ... Zand, der dem Alenbändler mit berechnet wird, den er aber nicht ... an das Publikum weitergeben darf, weil er wegen Betrugs bestraft ... wird, wenn er den Zand in solchen Mengen mitbringt. Durchweg ... die Waggon bei den Martoffel-Lieferungen ein Zeh ... gewicht von 10-16 Zentnern aus.

Zwei Jahre Krieg . . .

Auf Brandgeschwärzer und zerstörter Städte wehen
 Maskeier gierig ihre spinnen Kalenschnübel
 An grauem Stein. Ein namenlos Guckfenster
 Trängt bang sich durch die trüben Morgennebel.
 Verzweiflung stüßert durch zerbroch'ne Linden,
 Und fernher geht es aus Kanonenschläuden:
 „Zwei Jahre Krieg!“ Zwei lange, bange Jahre
 Nur Brand und Mord und Glend, Tod und Hölle . . .
 Wie eine riesenhafte Schicksalswelle
 So wälzte sich das Unglück durch die Lande,
 Werschläng mit wilder Gier die heil'gen Bande
 Der Freundschaft, Liebe, wahrer Menschlichkeit —
 Zwei lange Jahre Krieg! O böse Zeit . . .
 Und immer weiter löst das unheilvolle Blüten
 Des Weltensbraudes. Reicht nicht das Geschick
 Des Lebens Kampf, der düstern lichte Blüten
 Bestimmt ist zu vernichten? Das ewige Geheh
 Des Starken auf den Schwachen, war es nicht seit Kain,
 Seit jenem ersten Brudermord der Sinn des ganzen Sein?
 Derloser Zerstörer! Zerstörer! Denn was soll hier das Wort
 Kaltphilosophischer Betrachtung! Krieg ist Massenmord,
 Er ist ein einzig großes Glend, ein Vergehen
 Am Menschentum, am Fortschritt: er bedeutet
 Zurückbare Vergewaltigung der Vernunft, ist Sturmwehen
 Verbrechenrischen Wahnsinns, er erdenet,
 Was uns Jahrtausende erlennen und vollbracht
 Und wirkt es wachsend an die Felsenwand
 Sinder Zerdrückungswort, so daß es bricht und kracht,
 Zu Staub zerplüßert und zu grauem Sand . . .
 Krieg ist ein Ocean von Blut und Tränen,
 In großes Verzeck und Schmerzerwimmer,
 Kaufstürende Verzweiflung, ist ein schrecklich Stöhnen
 Gemeinlicher Kultur und Menschlichkeit —
 Zwei lange Jahre Krieg, o böse Zeit . . .
 Wann endlich öffnet sich ein Hoffnungsstimmer
 Auf frohe, schaffensreiche Friedenzeiten?
 Wann nah das Ende dieser Schrecklichkeiten?
 Wann endet diese graue Todesmahd?
 Wann reicht obfliegender Vernunft des Wahnsinns Tat?
 Wann endet diese unethische Menschheitsläude?
 Wann . . . Wann?
 So ringt es schluchzend sich aus allen Herzen,
 So schreit es gellend durch die Morgenvinde.
 So windet sich in tausend Zerkenschmerzen
 Der Widerstimm, die wahre Menschlichkeit —
 Zwei lange Jahre Krieg, o böse Zeit . . .

A. G.

Verbandsteil

Freiexemplare der „Gewerkschaft“ und der „Sanitätswarte“.

Am 1. Juli sind die Bestimmungen des Bundesrats über die Einschränkung des Verbrauchs von Zeitungsdruckpapier in Kraft getreten. Der § 8 dieser Bestimmungen lautet:

„Die Lieferung von Frei- und Belegexemplaren von solchen Zeitungen, Zeitschriften und sonstigen periodisch erscheinenden Druckschriften, die ganz oder teilweise auf maschinenglattem, holztauglichem Druckpapier hergestellt sind, ist verboten, gleichgültig, ob die Lieferung auf kürzere oder längere Zeit oder ob sie durch Verleger oder durch Mittelpersonen erfolgt. Die Lieferung von Freieremplaren an Behörden wird von dieser Bestimmung nicht berührt. Ebenso ist die Abgabe von Freieremplaren an Mitarbeiter, Lazarett- und Soldatenheime, jedoch nicht mehr als ein Exemplar, und die Abgabe von Belegexemplaren an Interessenten gestattet.“

Im § 13 der genannten Verordnung wird unter anderem demjenigen, der gegen den hier veröffentlichten § 8 verstößt, eine Gefängnisstrafe bis zu 6 Monaten oder eine Geldstrafe bis zu 10000 Mk. angedroht.

Unser Verband ist infolge dieser neuen Bestimmungen nicht mehr in der Lage, während der ferneren Dauer des Krieges über die oben angeführten Ausnahmen hinaus Freieremplare der „Gewerkschaft“ zu liefern und hat den Verband an eine Reihe Privatpersonen, Bildungsvereine, Bibliotheken, Lesebibliotheken, Statistischen Ämter usw. im In- und Auslande vorläufig eingestellt. Auch unsere Filialen müssen, sofern sie bis jetzt an irgend welche Körperlichkeiten oder Privatpersonen Freieremplare der „Gewerkschaft“ geliefert haben, die fernere Lieferung über die oben genannten Grenzen hinaus einstellen.

An unsere Verbandsmitglieder im Felde kann außerdem die „Gewerkschaft“ gesandt werden! Soweit es also den

Filialen sowie den einzelnen Kollegen irgend möglich ist, sollten unsere Kollegen im Felde mit Zeitungen versorgt werden!

Bei dieser Gelegenheit möchten wir unsere Filialen erneut dringend ermahnen, nicht mehr Zeitungen zu bestellen als wirklich gebraucht werden. Ruhelos liegen bleiben darf die „Gewerkschaft“ nirgends. Wo bis jetzt mehr Zeitungen bezogen wurden, als für unsere Mitglieder dabei und im Felde sowie zur Agitation notwendig sind, müssen die übrigen Exemplare sofort abbestellt werden.

Da wir erneut festgestellt haben, daß Reiseunterstützung zu Unrecht erhoben worden ist, erlauben wir die Massierer dringend, die bekannten Vorschriften genau zu beachten und stets eine sorgfältige Prüfung der Legitimation usw. vorzunehmen. Der Verbandsvorstand.

Eingegangene Schriften und Bücher

„Die Glode“, Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Parvus (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., München). Das eben erschienene achtzehnte Heft des zweiten Jahrgangs dieser aktuellen Wochenschrift enthält folgende Artikel: Dr. Georg Stadnauer (M. d. N.): Auswertung Politik und Parteital. A. Wredenbeck: Die Lage der Bergarbeiter während des Weltkrieges. Bruno Sommer: Sozialdemokratische Philosophie Werner Peter Varen: Tieren. Glosien: Wie wird die Ernte? An ihn: Die Höhe. — Einzelhefte 20 Pf., vierteljährlich 2,50 Mk. bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Totenliste des Verbandes.

Alois Vogner, München Gasarbeiter † 26. 7. 1916, 41 Jahre alt.	Angust Koppe, Berlin Rentionär † 22. 7. 1916, 62 Jahre alt.
Max Bohne, Siedenberg Gasarbeiter † 17. 7. 1916, 28 Jahre alt.	F. Mienke, Charlottenburg Elektrizitätsarbeiter † 27. 7. 1916, 52 Jahre alt.
W. Commerell, Göttingen Tagelöhner † 11. 7. 1916, 52 Jahre alt.	Georg Kollmann, Würzburg Bauamtsarbeiter † 23. 7. 1916, 67 Jahre alt.



Auf dem Schlachtfelde sind gefallen:

Carl Angerstein, Hamburg am 20. September 1915 im Alter von 34 Jahren gefallen.	F. Lederer, Frankfurt a. M. am 17. Juli 1916 im Alter von 29 Jahren gefallen.
Carl Ellerbrock, Hamburg am 9. Juli 1916 im Alter von 45 Jahren i. Lazarett gestorben.	Frau Weiskner, Berlin am 17. Juli 1916 im Alter von 33 Jahren gefallen.
Stephan Groth, Hildesheim am 17. Juli 1916 im Alter von 35 Jahren gefallen.	J. Köskamm, Holtermoor am 8. Juni 1916 im Alter von 31 Jahren gefallen.
Marlin Hinz, Hamburg am 7. Juli 1916 im Alter von 36 Jahren gefallen.	V. O. Schulze, Chemnitz im Alter von 25 Jahren in Frankreich gefallen.
H. A. Hochmuth, Leipzig am 18. Juli im Alter von 37 Jahren in Frankreich tödlich verunglückt.	E. Schumacher, Hamburg am 19. Juli 1916 im Alter von 22 Jahren i. Lazarett gestorben.
Adam Körnlein, Cassel am 23. Juli 1916 im Alter von 34 Jahren i. Lazarett gestorben.	A. Strohmaier, Freiburg i. Br. am 27. Juni 1916 im Alter von 31 Jahren gefallen.
Konrad Kurth, Berlin am 4. Oktober 1914 im Alter von 31 Jahren gefallen.	Friedrich Thies, Berlin am 18. Juli 1916 im Alter von 38 Jahren gefallen.
H. K. Lauenstein, Chemnitz im Alter von 29 Jahren in Frankreich gefallen.	H. Voh, Bransbüttelkoog am 29. Juni 1916 im Alter von 36 Jahren gefallen.

Ehre ihrem Andenken!